



Haushalt 2019

Rede zum Haushalt 2019

der Vorsitzenden der FDP-Ratsfraktion

Carola Möllemann-Appelhoff

Haushalt 2019

**Rede zum Haushalt 2019
der Vorsitzenden der FDP-Ratsfraktion
Carola Möllemann-Appelhoff**

Verantwortlich:
FDP-Ratsfraktion
Geringhoffstraße 48
48163 Münster

Sperrfrist: Mittwoch, 12.12.2018, 17:30 Uhr
- Es gilt das gesprochene Wort -

Die Rede kann nach Ende der Sperrfrist
im Internet abgerufen werden:

fraktion.fdp-ms.de



Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren!

der Bundestag verabschiedet den Bundeshaushalt erneut mit einer schwarzen Null, in Düsseldorf hat die schwarz-gelbe Koalition in dem einst hoch verschuldeten Bundesland die Kehrtwende vollzogen, die vormaligen Regierungsparteien SPD und Grüne kritisieren, dass die amtierende Regierung zu wenig in die Schuldentilgung gesteckt habe. Wir profitieren von den insgesamt guten Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene durch über 26 Mio. höhere Erträge gegenüber dem im September ein-

gebrachten Haushalt. Das Jahresergebnis sieht dementsprechend deutlich besser aus als der Kämmerer damals vorhersagte. Es verbessert sich von -23,9 Mio. € im Entwurf auf -3,1 Mio. € in der jetzt zu verabschiedenden Fassung. Die kommenden Jahresergebnisse weichen aber inzwischen doch wieder von diesen guten Zahlen ab, die uns noch im September präsentiert wurden - damals mit dem Hinweis, Münster könne nun auch die schwarze Null erreichen. Die folgenden Jahresergebnisse sollen nach derzeitigem Stand wieder auf bis zu -20 Mio. € ansteigen.

Da fragt man sich mit Recht: Geben die heute vorliegenden Zahlen die realistische Finanzsituation der folgenden Jahre wieder?

Wir erinnern uns an den Haushalt für das Jahr 2017, der mit einem Jahresergebnis von -58,6 Mio. € verabschiedet worden ist und mit einem Ergebnis von +9,4 Mio. € abgerechnet wurde. Deshalb hoffen wir natürlich auf bleibende gute Rahmenbedingungen und weiterhin Bundes- und Landesmittel, die in der Haushaltsplanung ab 2020 nicht fortgeschrieben worden sind. Möglicherweise ergeben sich in naher Zukunft noch Überraschungen bei der Abfinanzierung des Fonds

„Deutsche Einheit“, die in den aktuellen Berechnungen noch nicht vorgesehen werden können. Man sieht: Haushaltsberatungen werden für die Ratsfraktionen immer schwieriger, weil verlässliche Zahlen auf der Ertragsseite fehlen.

Wir sind darum in die Haushaltsberatungen 2019 mit dem notwendigen Respekt vor diesen vom Kämmerer vorgelegten Zahlen gegangen. Denn wenn es uns unter den aktuellen optimalen Bedingungen nicht gelingt, eine schwarze Null dauerhaft zu erreichen, wann soll es denn dann überhaupt möglich sein? Dieses Ziel ist aber nur zu schaffen, wenn, wie der Kämmerer betonte, weiterhin Aus- und Aufgabendisziplin geübt wird.

Der Haushalt 2019 ist wie selten einer zuvor von hohen Investitionen gekennzeichnet. Aber der Kämmerer betonte bei der Einbringung: „Sorgen bereiten mir weniger die Investitionskredite an sich [...]. Bedenken müssen wir vor allem, dass die Kinder, für die wir die Kindergärten (und ich ergänze: Schulen) bauen, ihr Leben lang durch die Abschreibungen belastet werden. Abschreibungen sorgen als Aufwand im konsumtiven Teil des Haushaltsplans für eine Einschränkung der Handlungsoptionen.“

Doch diese hohen Summen für Kitas, Schulen und neue Wohngebiete sind notwendige Investitionen in die Zukunft der wachsenden Stadt. Allein für die Schulen nehmen wir über 200 Mio. € in die Hand. Wäre es da nicht vernünftig, wenn wir uns bei Flächen und Ausstattung an Normal- und nicht an Münsterstandards orientierten?

Bei der Bewältigung dieser umfangreichen Zukunftsaufgaben müssen private Unternehmen von der Stadt noch stärker eingebunden werden. Es ist kein Zeichen von Schwäche, auf die private Wirtschaft zu setzen, sondern vielmehr ein Zeichen von Stärke, weil es doch um das Erreichte für die BürgerInnen Münsters geht. Angesichts dieser großen Herausforderungen wollen CDU und Grüne jetzt scheinbar doch eine Kehrtwende in Richtung der von der FDP nahezu gebetsmühlenartig erhobenen Forderungen nach Übertragung von Aufgaben an die Privatwirtschaft wagen. Ich gratuliere zu dieser Einsicht.

Wohnungsbau: Mehr Geld für Flächenankauf bereitstellen

Erfreulicherweise wird der Etat für den Ankauf von Flächen und Gebäuden, den die FDP in den

vergangenen Jahren immer als zu niedrig kritisiert hat, auf 73 Mio. € angehoben. Dahinter stehen auch konkrete Kaufoptionen. Dieser Etat sollte aber in den Folgejahren nicht absturztartig auf 15 Mio. € reduziert werden; wir haben - leider erfolglos - beantragt, den Ansatz auf 30 Mio. € zu verdoppeln. Denn nur über mehr Bauland können wir mehr bezahlbare Wohnungen errichten und nur so wird es uns gelingen, zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt, einer Beruhigung bei den Mieten und zu mehr öffentlich geförderten Wohnungen beizutragen. Das ambitionierte Bauprogramm auf den Kasernenflächen mit 3000 Wohnungen ist dafür bestes Beispiel.

Deshalb haben wir beantragt, die in 2019 anzukaufenden Flächen möglichst zügig zur Baureife zu bringen. Nach den Erfahrungen der letzten Jahre und den Engpässen auf dem Arbeitsmarkt für städtisches Personal wird uns das aber nur gelingen, wenn wir private Büros zum Beispiel in die Ausschreibung und Auswertung von Wettbewerben und in die Erstellung von Bebauungsplänen einbeziehen. Allein: Das, was in anderen Städten möglich ist, ist in Münster für CDU und Grüne scheinbar untragbar. Die 500.000

€, die wir als Honorare für diese Entlastung durch Fachbüros in den Haushalt einstellen wollten, sind von Schwarz/Grün wie schon in 2017 abgelehnt worden. Der Preis, den auch die Wohnung suchenden Münsteraner dafür bezahlen müssen, ist die mehr als schleppende Verfügbarmachung von Bauland. Die Stadt selbst gibt nach Untersuchung von 57 Baugebieten zu, dass von 22 Gebieten mit externen Vorhabenträgern 9 verzögert fertiggestellt worden sind, von den 35 Baugebieten mit städtischer Entwicklung sind dagegen 24 verstätet fertig geworden.

Schul- / Kitabau: Verzögerungen sind teuer und blamabel

Wir fordern auch bei der Umsetzung des Schulbauprogramms die stärkere Einbeziehung Privater in alle Prozesse - von der Erstellung von Machbarkeitsstudien über Vorbereitungen von Ausschreibungen bis hin zur Prüfung von Wettbewerbsbeiträgen. Warum hat sich Schwarz/Grün nun doch noch in diese Richtung bewegt, zumindest im Schulbereich? Scheinbar ist ihnen nicht ganz wohl bei der Vorstellung, dass Verzögerungen bei der Umsetzung des 200- Mio.-

€-Programms zum Ausbau der Schulen zu unabsehbaren Problemen führen würden. Die Schülerzahlen wachsen jetzt schon, in den Baugebieten - insbesondere in den Außenstadtteilen - werden hoffentlich viele Wohnungen zügig bezugsfertig, die künftig dort lebenden Kinder benötigen Kita-Plätze und Schulen. Wenn es hier zu Verzögerungen in der Fertigstellung kommt, stehen Eltern und Kinder „im Regen“. Dann müssten auch dort teure Übergangslösungen her, wie sie die Gesamtschule im Ostviertel, die Kita in Sprakel oder die Pavillongruppe Heidestraße uns schon heute präsentieren.

Die Rückkehr zu G9 wird die Gymnasien vor neue Herausforderungen stellen. Eltern, deren Kinder die OGS in der Grundschule besucht haben, benötigen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in ihrer weiterführenden Schule eine verlässliche Betreuung bis in den Nachmittag. Wir wollen deshalb interessierte Gymnasien personell, finanziell und sächlich dabei unterstützen, eine OGS II zu entwickeln. Bei den Haushaltsberatungen ist der FDP-Antrag, Mittel dafür einzustellen, abgelehnt worden. Bleibt mir nach unseren Erfahrungen die Hoffnung für Kin-

der und Eltern, dass Schwarz/Grün diese FDP-Initiative mit einem eigenen Antrag des gleichen Inhalts demnächst beschließen wird.

Eltern bei der KiTa-Suche nicht alleine lassen

Ein an abstrakten Versorgungsquoten orientiertes KiTa-Ausbauprogramm lässt viele Eltern mit den Problemen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf allein, wenn ihre Kinder keinen Platz in der U3-Betreuung finden. Wir fordern deshalb eindringlich, den bedarfsgerechten Ausbau möglichst zügig umzusetzen. Private Investoren sollen Kitas bauen. Vor Jahren ist uns allerdings vorgerechnet worden, dass die Erstellung der Kitas durch die Stadt Münster die finanziell günstigere Lösung sei. Wir haben bei den Haushaltsberatungen beantragt, dass die Stadt drei Pavillonanlagen für Zwei-Gruppen-Kitas anschaffen soll, die flexibel dort aufgestellt werden können, wo die Versorgungslücken am größten sind. Wir müssen aber in den Flächenvorgaben bleiben, die der LWL fördert; das wird leider derzeit nicht immer gemacht. Übrigens könnte man diese Anlagen auch als Schulräume für Klassen unter 25 Kinder

nutzen nach dem Motto: Notlage erkannt, schnelles Handeln ist angesagt und auf diese Weise auch möglich.

Lebenswerte Stadtteile: Mehr als Schule und Läden

Die Stadtteile werden in den nächsten Jahren großflächig wachsen. Ein Leben mit „Wohlfühlcharakter“ dort macht es aber notwendig, dass alle Außenstadtteile nicht nur mit Schule, Kita, Geschäften versorgt sind, sondern dass kulturelle und sportliche Angebote ebenso wenig fehlen dürfen wie Unterstützung bis ins hohe Alter. Der Bericht über die Stadtteilkultur hat uns hier hohe Defizite aufgezeigt. Deshalb wollten wir als Anreiz und zur Förderung der vielen ehrenamtlich tätigen Kulturinitiativen 60.000 € im Haushalt einsetzen. Dieser Vorschlag fand in mehreren Bezirksvertretungen eine Mehrheit, nur nicht bei Schwarz/Grün im Rat. Auch ein Kataster über die Ausstattung der Stadtteile, aus dem man dann die konkrete Ausbauplanung hätte entwickeln können, fand keine Gnade vor den Augen der Haushalts-Koalition.

Auch dies noch zum Thema Kultur: Mit dem Mühlenhof verfügen

wir über ein lebendiges Freilichtmuseum, das bisher durch den anererkennungswert hohen Einsatz ehrenamtlich Tätiger bewahrt werden konnte. Deshalb unterstützen wir das geforderte städtische finanzielle Engagement zum Erhalt dieses Stückchens münsterländischer Kulturgeschichte.

Genau solch ehrenamtliches Engagement, wie ich es gerade nannte, zeichnet unsere Stadtgesellschaft in vielen Bereichen aus: Ob Sport, Kultur oder Soziales – Bürgerinnen und Bürger packen allein, in Stadtteilinitiativen oder Vereinen zum Beispiel bei der Integration von Geflüchteten, bei der Unterstützung von Kindern oder alten Menschen mit an und machen Münster so für alle eine große Portion lebenswerter.

Stadion-Geschichte auf der Zielgeraden?

Nun scheint sich für das jahrzehntealte Dauerproblem Preußen-Stadion an der Hammer Straße endlich eine Lösung abzuzeichnen. Die Preußen haben sich zu diesem Standort bekannt, gemeinsam mit der Stadt und einem Projektentwickler sollen nun konkrete Ausbauplanungen mit einem be-

lastbaren Kostenplan entwickelt werden. Die FDP hofft, dass sich die sportlichen Leistungen und die Stadion-Ausbauplanungen positiv ergänzen.

Verkehr: Unsere Mobilität braucht viele Bausteine

Die Zusammenarbeit mit der Stadtregion, insbesondere in Verkehrsfragen, muss verstärkt werden. Auch die hohe Zahl von Pendlern führt uns morgens und abends fehlende Lösungen als Stau vor Augen. Weitere Bahnhaltepunkte sind ebenso wie der Ausbau von Velorouten ein richtiger Schritt zur Reduzierung des PKW-Verkehrs. Wir wollten aber auch möglichst zügig den Fernbusbahnhof, der übergangsweise an der Hafensstraße untergebracht ist, dauerhaft dort ansiedeln und entsprechend attraktiv machen. Auch hier: Die schwarz/grüne Ablehnung war vorprogrammiert. Die Antwort auf unseren Antrag zur Einrichtung eines City-Logistic-Centers vom Januar dieses Jahres, um die vielen Lieferverkehre in die Innenstadt, ja eigentlich in jede Straße, zu reduzieren, befindet sich in der Bearbeitungsphase. Gut Ding will Weile haben...

Braucht die Stadt mehr Personal oder mehr externes Wissen?

Mit dem Stellenplan 2019 haben Schwarz/Grün über 900 Stellenvermehrungen seit ihrem ersten gemeinsamen Haushalt beschlossen. Die einzige Partei, die vor den Kostenfolgen einer solchen Personalpolitik schon seit vielen Jahren gewarnt hat, war die FDP - wofür wir viel Kritik einstecken mussten. Dass nun die Koalition die Probleme dieses ungebremsten Stellenzuwachses erkennt, ist zwar eine späte Genugtuung für uns, ihre Folgen sind leider nicht mehr rückgängig zu machen. Immerhin erkennen CDU und Grüne nun auch, dass Personalkosten generationsgerecht zu gestalten sind. Deshalb soll nun eine Überprüfung zeigen, ob die Aufgaben nicht mit externer Unterstützung preisgünstiger und schneller erledigt werden können. Die FDP lässt grüßen: Ein erster Schritt in die richtige Richtung.

In vielen Unternehmen wird durch die Digitalisierung der Verwaltungsaufwand reduziert. Wir hoffen, dass Ergebnisse der „NRW-Modellkommunen Digitalisierung“ bei uns zügig umgesetzt werden, um z.B. noch weit mehr Kontakte der BürgerInnen mit der Verwal-

tung vom heimischen PC aus zu ermöglichen. Allein mir fehlt nach den bisherigen Erfahrungen der Glaube.

Münster hat den Nachhaltigkeitspreis 2019 verliehen bekommen. Darauf können wir stolz sein. Unser Ziel muss es aber auch sein, die Finanzpolitik nachhaltig so auszurichten, dass keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden und es uns mit der Rückzahlung der eine Mrd. € Schulden ernst ist. Nur so können wir das Versprechen „Wir gestalten Münster enkeltauglich“ auch einlösen. Wir sind bereit, konstruktiv daran mitzuarbeiten.

